

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichterbandmitgliedern wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1^{IV} Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 52

Sonnabend, den 24. Dezember 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Bezug fernhalten“ in jedem Fall Erläuterungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperert:

Betrieb Meiner in Augsburg-Pfersee. Firma Buchmeyer in Herbede. In Bremen die Grabsteingeschäfte Berger und Trause, S. Riedel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Kurth. Naumburg (Platz Horn). Lahr i. Baden das Grabsteingeschäft von Franz und Albert Sieferle. Grabsteingeschäft Franz Rolf in Paderborn. In Singen Firma Sieferle (Sungsteinfabrik).

Streik:

In Billmar bei der Firma Osterhof und Neumann (Marmorwerk). In Graubüttelbrunn und Ohsenfurt (Betriebe Hofmann und Sohn und L. Krämer). Diese Firmen haben das Lohnabkommen für das Muschelkalkfeldgebiet nicht anerkannt. Baugen. Im Schotterwerk Brohna hat der Unternehmer Krause 40 Kollegen ausgesperrt, weil sie auf die Anerkennung des Tariflohnes wie in Ebersbach und Cunnersdorf bestanden.

Bezug ist fernzubalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Gera (Betrieb Korb und Töpelmann), nach Osterwald (Platz Meine und Jlemann), nach Osabrück (Unternehmer haben Tarif gekündigt). Nach Billingen (Firma Bühler). Nach Mühlhausen (Thür.) und Ghenrode. Nach allen Firmen der Steinindustrie in Nordhausen, Eisleben, Artern und Altstedt; nach den Grabsteingeschäften in Frieberg und Bad Nauheim (Hessen).

Erlebte Bewegungen.

Bremen. Nach neueren Verhandlungen wurden die Löhne vom 9. Dezember für Steinmehlen auf 17 M. pro Stunde, für Bildhauer auf 131.50 M. pro Tag, für Marmorhauer vom 16. Dezember an auf 13.60 M., für Schleifer auf 13 M. pro Stunde erhöht. Außerdem erhalten Steinmehlen und Bildhauer eine einmalige Wirtschaftshilfe von 1.50 M. pro Tag für alle im Jahre 1921 geleisteten Arbeitstage einschließlich Krankheitstage.

Altengronau i. Hessen. Die Stundenlöhne aller Marmorarbeiter erfahren eine Erhöhung von je 50 Pf. am 9. und 23. Dezember 1921 und am 5. Januar 1922. Die Akkordsätze wurden neu reguliert.

Wernerer Schleifsteingebiet. Ab 9. bzw. 12. Dezember je nach Lohnwochenbeginn, erhöhen sich die Stundenlöhne aller Arbeiter um 30 Prozent. Für Abraumarbeiten werden dagegen den Steinmehlen und Brechern nur 20 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Stundenlöhne gewährt; dies kommt jedoch nur bei Frostwetter in Frage.

Gumbrechtshausen. Der Streik bei der Firma Charles Petit in Wildbergshütte ist durch Anerkennung der Tariflöhne durch die Firma erledigt.

Breitenborn-Stein. Nach sechstägiger Dauer wurde der Streik durch Schiedspruch beendet; danach werden die Kollegen je nach Alter 20 Pf. bis 1.25 M. als Teuerungszulage erhalten. Die Arbeitsaufnahme erfolgte vom 14. Dezember.

Reuthen (Oberhessl.). Vom 8. Dezember an erhalten Steinmehlen 10.10 M., Schleifer 8.48 und 9.16 M. Stundenlohn.

Mainz. Der Stundenlohn für Steinmehlen beträgt vom 15. Dezember an für Steinmehlen 13.10 M., für Marmorarbeiter 12.90 M.

Freistaat Oldenburg. Für alle Arbeitsgruppen der Steinindustrie wurden im Monat Dezember ab 12. die Stundenlöhne um 2.60 M. erhöht. Der Lohn ist dann für Steinmehlen 14 M., Stampfer und Hilfsarbeiter 12.90 M.

Teuerungszulage. Erhöhung für Granit- und Marmorarbeiten siehe an anderer Stelle.

Die Zeit des Mitleids und der Güte.

So nennt Nikolaus Lenau die Weihnachtszeit in seinem „Sabonarola“. Aber Mitleid und Güte sind heute aus der Welt verschwunden und auch die Tage der Weihnacht vermögen nur einen blässen Schimmer von Güte über die zerrissene Menschheit zu breiten. Nur einen blässen Schimmer — denn mit eisernem Finger pocht die Not ans Fenster und mitleidslos und ohne Güte schwingt sich der Wahnsinnsreigen des Elends und der Völkerberührung über den Erdball.

Mitleid und Güte — ein Fußtritt und Würgegriff nach dem andern trifft die im Krieg unterlegenen wehrlosen Völker von dem Troß der Sachwalter des ententistischen Kapitalismus. Mitleid und Güte — unter dem Wahnsinn des Gewaltfriedensdiktats feuern alle Völker der Erde und das hohle Gespenst der Arbeitslosigkeit schleicht durch die schmalen Gassen und grinst durch morsche Fenster in kalt-düstere Proletariatskütten.

Mitleid und Güte — hohnlachend feiern Wucherer und Schieber wüste Orgien und haben für das herbrechende Elend da draußen nur ein wegwerfendes Achselzucken übrig. Mitleid und Güte sind zu den Hunden geflohen und die kraßeste Selbstsucht schwebelt an der prunkfernden Tafel des Reichtums.

Mitleid und Güte — eigentlich klingen diese Worte so recht bürgerlich sentimental. Denn der Proletarier heischt für sich und seine Klasse weder Güte noch Mitleid, er fordert sein ungeschmäler-tes Lebensrecht und wirtschaftliche und politische Freiheit. Er will teilhaben am gedeckten Tisch des Menschengeschlechts und an den hohen Kulturgütern aller Völker. Er will die Befreiung der Arbeit aus Kapitalistensneidenschaft, die Befreiung aller Klassenrechte und die volle Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit den übrigen Volksschichten. Das ist es, was das Proletariat fordert, erstrebt und erkämpft. Genau betrachtet ist das — so seltsam es klingen mag — allerdings auch Güte und Mitleid. Nur nicht in der kaffeeschneeweißen Auffassung des honesten Bürgerturns. Denn was ist wahre Güte? Alle Menschen sind Menschen achten, für ihre Bedürfnisse inniges Verständnis aufbringen, sie freundlich zu be-



Weihnachtstag . . .

Weihnachtstag! Frommgläubige Väter
Wandeln bedächtig ins Gotteshaus
Gleich ihren Ahnen, wie einst die Väter,
Mehr aus alter Gewohnheit und Neigung
Als geführt von besserer Ueberzeugung —
Schön klingen Predigt und Orgelgebräus . . .

Weihnachtstag . . . Ein Lied ertönt
Gläubig und ernst durch die Kirchenhallen,
Mächtig dazu die Orgel ertönt —
Und dann der Priester — nach altem Brauch —
Spricht von dem Heiland, vom Frieden auch,
Und von der Menschheit Wohlgefallen!

Weihnachtstag . . . Ihr armen Schächer!
Seht Ihr nicht, wie das Elend kriedt
Grinsend über verfallende Dächer,
Wie es in jede Mansarde höhnt?
Fühlt Ihr nicht, wie die Menschheit stöhnt,
Wie sie geschändet am Boden liegt?

Weihnachtstag! Schließt Euch zusammen, Brüder!
Erhört endlich den Einigkeitschrei!
Gebt Euren Reihen die Eintracht wieder!
Sonst bleibt Friede und Wohlgefallen
Blutloser Sport nur der Glaubensvasallen —
Und nimmer wird die Menschheit dann frei!

Weihnachtstag . . . Blasse Hungertod
Schleicht durch Rußlands verschneite Gebiete,
Hüllt Europa in düstere Not,
Würgt als finstere Lebensbezwinger
Mit seinem eisigen Knochenfinger
Zarter Jugend und Unschuld Blüte!

Weihnachtstag . . . Der Kapitalismus
Zerrt die Menschheit ins Elend hinab;
Kapitalismus und Militarismus
Sind es, gepflegt und noch immer geduldet,
Die alles Unglück der Menschheit verschuldet,
Die ihr graben das Massengrab . . .

Weihnachtstag . . . Tausend schwielige Hände
Strecken verlangend nach Arbeit sich aus,
Auf daß nicht Not und Entbehrung schände
Der Menschheit Ehre, Sinn und Glück —
Höhnend stößt sie Gott Mammon zurück,
Hüllt sie in Elendshärte und Graus!



handeln und sie als gleichberechtigte Brüder und Schwestern zu betrachten. Ihnen das Gute, das man selbst genießt, zuzuwenden — das ist Güte. Und Mitleid? Volles Verstehen für die Leiden der Menschen, alle Leiden zu mildern und sie zu beseitigen ohne dabei auf das eigene Ich Rücksicht zu nehmen, Verzicht zu leisten auf das jedes Vorrecht zugunsten der großen Menschheitsfrage — das ist edelmenschliches Mitleid. Fassen wir in diesem kosmopolitischen Sinne Mitleid und Güte auf, dann können wir als modern denkendes Arbeitervolk uns mit dieser Auffassung gleichfalls einverstanden erklären. Und so versteht es der Dichter, so versteht es der Sozialismus.

Und nun wird das Weihnachtsfest die Zeit des Mitleids und der Güte genannt. Wir verspüren davon nichts. Durch Kapitalistensöldlinge werden Völkerhaß und Völkerentfremdung ins Maßlose geführt und wenn es nach diesen Sachwaltern des Mammonismus ginge, dann erlebte das Menschengeschlecht niemals Mitleid und Güte und nie würden Frieden und der Menschheit Wohlgefallen zur Tatvollendung. Und doch — geht es nicht durch das Proletariat nach diesem Völkermorden wie eine neue Verheißung? Sind es nicht die Arbeiter, die sich mit Entschlossenheit von dem letzten großen Völkermorden abwenden und mit Eifer granitene Steine herantragen zum großen Bau der Völkerberührung? Die ernstesten Maßnahmen treffen, daß nie wieder die Welt durch Schlachten-gebrüll erschüttert wird? Es sind die Eisenbahner, die Bergleute, die Metallarbeiter und sonstige „kriegswichtige“ Gewerkschaften, die das feierliche Gelöbnis ablegen, im Falle eines Krieges die Arbeit ruhen zu lassen, keine Kohlen zu fördern, keine Waffen zu schmieden und zu transportieren, und auf diese Weise das Massenmorden zu verhindern. Wir hoffen es und wir glauben daran, daß dies Gesetz der allmenschlichen Güte ihr fester Voratz ist. Mögen alle von der honesten Heuchelmel hochgeschätzten Minister noch so schüren und heben für der Gewalttat und des Geldsacks Wohlfahrt, gegen diese verheerende, zerschende und zerschneidende Tätigkeit beginnt sich ein Wall aufzutürmen, gegen den Maschinen-gewehre und Kanonen verjagen müssen.

So viel wissen wir heute: Tage der Güte und des Mitleids werden die Weihnachtstage für das Proletariat nie sein, solange noch der Kapitalismus seine unheimliche Geißel schwingt, Friede und Wohlgefallen wird nie der Menschheit zuteil, solange der Moloch des Militarismus über den Erdball seinen blutigen Schatten wirft. Ihnen gilt unser Kampf, unerbittlich und unermüdet, bis diese bösen Menschheitsgeißeln gerissen am Boden liegen. Dann erst können Mitleid und Güte auf diesem Erdball ihre bleibende Stätte finden.

Unser heißer Wunsch an diesem trüben Weihnachtstage ist es, daß sich dieser Zeitpunkt bald erfüllen möge. Herzen schlichter Liebe leuchten zur Weihnachtszeit aus ärmlichen Proletariatskütten hinaus ins winterliche Dunkel, berührungswillig kündend den Tag des Lichts und daß es noch Wege auf dieser Welt gibt, die die Menschen führen können zur Verjüngung und Güte. Und wer da voller Mitleid und Güte ist, wer sich noch ein mitfühlendes Herz für die leidende Menschheit bewahrt hat, der wird mit uns eines Sinnes und unser Bundesgenosse sein, wenn es gilt, für der Menschheit Höchstes all sein Streben einzusetzen. Wir wollen die Freiheit des Menschengeschlechts, wir wollen, daß Haß und Ausbeutung, daß Kapitalismus und Militarismus aus der Welt verschwinden, wir wollen ein Weihnacht der Güte und des Mitleids, das allen Erdbewohnern Frieden und Wohlgefallen bringt! Deshalb allen Freunden, die an diesem wahrhaft menschlichen Wert mitwirken wollen, in diesen Tagen des Haßes und der Menschheitsberührung unseren tiefen brüderlichen Weihnachtsgruß mit dem festen Gelübde, nicht eher zu ruhen, bis Frieden und Wohlgefallen

allen Menschen zuteil geworden, bis der Haß und die Habgucht zerschmettert am Boden liegen und die lobenden Fadeln der Menschheitsberührung und Arbeitsbefreiung mit hellem Glanz leuchten über ein glückliches und befreites Menschengeschlecht!

Die „Goldmark“.

Wenn gegenwärtig oft von Goldwert, Goldmark usw. in der Presse die Rede ist, so ist oft dem Leser, manchmal wohl auch dem Schreibenden, nicht klar, was gemeint ist. Das kommt daher, daß die Ausdrücke „Goldmark“, „Goldwert“ usw. etwas Unbestimmtes bezeichnen. Zu unterscheiden sind die beiden folgenden Fälle:

1. Die Goldmark im Außenhandel,
2. die Goldmark in der inländischen Wirtschaft (Binnenwirtschaft).

1. Als Goldmark im Ausland versteht man den Wert der Mark zur Zeit der Goldbeinlösungspflicht, ausgedrückt in auswärtigen Währungen, verglichen mit dem heutigen Kurs der Papiermark. Dabei läßt man die Frage, ob diese ausländischen Währungen heute denselben „Wert“ (inländische Kaufkraft) haben, wie früher, oder nicht — auf sich beruhen. Dann kann man immer noch zwei prinzipiell verschiedene Bedeutungen des Wortes „Goldmark“ unterscheiden:

- a) Der Wert der Mark, an einer einzelnen auswärtigen Währung gemessen (Unterabteilungen: so viele, wie es auswärtige Währungen gibt).
- b) Der Wert der Mark, an einer Gruppe von auswärtigen Währungen gemessen (Unterabteilungen: so viele, als man Gruppen auswärtiger Währungen bilden kann).

Beispiele:

- a) „Dollargoldmark“: 1 Dollar im Jahre 1914 = 4.20 M., 1 Dollar am 26. 11. 1921 = 296.50 M., 1 Goldmark gleich 70.60 Papiermark;
- „österreich. Kronengoldmark“: 100 österr. Kronen im Jahre 1914 gleich 85 M., 100 österr. Kronen am 26. 11. 1921 = 9 M., 1 Goldmark = 10 Papiermark usw.
- b) „Reparationsgoldmark“: 1 Dollar + 1 franz. Fr. + 1 Pfd. Sterling + 1 belg. Fr. i. J. 1914 = 26.20 M., dieselbe Gruppe am 26. 11. 1921 = 296.50 + 20.45 + 1182.25 = 1920 = 1518.40 M., 1 Goldmark = 57.57 Papiermark;
- „deutsche Goldmark“: 1 Gulden holl. + 1 Schweizer Fr. + 1 Krone dän. i. J. 1914 = 3.63 M., dieselbe Gruppe am 26. 11. 1921 = 106.60 + 56.76 + 54.25 = 217.61 M., 1 Goldmark = 59.94 Papiermark usw.

Die verschiedenen Berechnungsarten für die auswärtige Goldmark ergeben also ganz verschiedene Papiermarkwerte; in unseren Beispielen kann 1 Goldmark bedeuten: 70.60 oder 59.94 oder 57.57 oder 0.10 Papiermark. Man muß also angeben, welche Goldmark gemeint ist.

2. Unter Goldmark im Inland versteht man die Kaufkraft einer Mark zur Zeit der Goldbeinlösungspflicht, ausgedrückt in der Kaufkraft einer Papiermark. Diese Kaufkraft kann bestimmt werden:

- a) für eine einzelne Ware oder Leistung;
 - b) für Gruppen von Waren oder Leistungen.
- a) Als einzelne Ware wollen wir Gold nehmen. 1 Zwanzigmarkstück i. J. 1914 = 20 M., 1 Zwanzigmarkstück am 26. 11. 1920 gleich 850 M., 1 Goldmark = 42.50 Papiermark. Als einzelne Leistung wollen wir die Zollzahlung nehmen. Die Reichsliste erhebt zu den Sätzen der Zolltarife jetzt 8900 Prozent Zuschlag; 1 Goldmark also = 40 Papiermark usw.

beide) Als Gruppe von Waren wollen wir nehmen den Groß-Etafelstein der „Frankfurter Zeitung“. Er betrug für den Lebens- u. Genussmittel u. w. Textilien, Mineralien, Verschiedenes für alle 4 Gruppen

Lebens- u. Genussmittel u. w.	Textilien	Mineralien	Verschiedenes	für alle 4 Gruppen
11.38	8.67	7.15	12.0	9.28

Man muß also auch hier sagen, was gemeint ist. Und Arbeiter, denen man mit einem „Goldmarkt“-Wert bei Verhandlungen ins Gesicht springt, um ihnen zu „beweisen“, daß die Löhne stärker gestiegen seien, als die Kaufkraft der Mark gestiegen, sollten sich für die Verhandlungen einen Sachverständigen mitnehmen, der nachprüft, ob nicht etwa die Methode Goldmarkt-Wertbestimmung durch die österreichische Krone hier angewendet sei. Denn sonst kann der Unternehmer mit mißbrauchten Zahlen gegenüber sachkundigen vertrauensvollen Arbeitern „beweisen“, was zu beweisen er sich vorgenommen hat. Eine Kleinigkeit, eine langweilige Kleinigkeit, dieses Zahlenspiel, gewiß. Aber eine wichtige Kleinigkeit.

Genügt unsere Beitragserhöhung und Streikunterstützung?

So muß eigentlich die Frage nach der eben beschlossenen Erhöhung des Beitrags und der Streikunterstützung lauten. Daß die jetzige Beitragserhöhung sich reichlich um ein Jahr verspätet, liegt letzten Endes nicht nur an den Verbandsinstanzen, sondern auch an den Mitgliedern. Wenn der Vorstand in dieser Frage sich nicht getraute die Offensive zu ergreifen, so mußte er von den Mitgliedern dazu gedrängt werden. Was weist nun immer auf die Unterstützung anderer Verbände hin, aber niemals auf die eigenen Beiträge; allen mit dem Bauarbeiterverbande sympathisierenden Kollegen möchte ich empfehlen, auch die Beitragsfrage des Bauarbeiterverbandes zu studieren. Der nächste Verbandstag muß auch bei uns mit der Beitragsaufseher gründlich aufräumen.

Wir können aber damit bis zum nächsten Verbandstag nicht warten und müssen die Frage aufwerfen: was ist zu tun? Der Vorschlag des Kollegen Reinde ist beachtenswert und diskutabel, läßt sich aber aus bewaltungstechnischen Gründen nach der in Kürze eintretenden Beitragserhöhung nicht so leicht durchführen. Dann betrachte ich den Standpunkt, daß eine weitere Beitragserhöhung ausschließlich der Streikunterstützung zugute kommen muß! Die Gewerkschaften sollen Kampforganisationen sein, sind wir das noch? Diese Frage zu beantworten, überlasse ich nach den gemachten Erfahrungen der Preissteigerung in den Lebensunterhaltungskosten und Lohnsteigerung, den Kollegen selbst. Trotz des verzweifelten Ringkampfes um Verbesserung unserer Existenz, trotz Lohnsteigerung wird die Spannung zwischen Einnahme und Ausgabe immer größer. Der Indifferentismus macht sich in unseren Reihen immer breiter und ein Teil der Kollegen verzweifelt an der Organisation.

Die Streikunterstützung ist die wichtigste Unterstützung, bauen wir sie aus! Die neue Streikunterstützung ab 1. Januar ist genau so minimal wie die jetzige und die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe werden noch schwieriger und härtnadiger werden. Lassen wir alle anderen Unterstützungen außer Betracht, gegen Krankheit gibt's bessere und leistungsfähigere Versicherungseinrichtungen als den Verband und für eine genügende Arbeitslosenunterstützung zu sorgen, ist Aufgabe des Staates. Hier kann und muß der DGB gezwungen werden, dafür zu sorgen, daß seine Forderungen nicht nur — Forderungen bleiben.

Am nun für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein, mache ich den Vorschlag, ab 1. Februar die Wochenbeiträge in allen Klassen in der Form einer Extrasteuer um 50 Prozent und die Streikunterstützung ab 1. März auf 50 Prozent zu erhöhen. Wir können bei diesen unnormalen Verhältnissen, wo die Stundenlöhne immer einer großen Schwankung unterliegen, uns an das starre System in jetziger Form nicht klammern. Wenn der Beitrag einem Stundenlohn entsprechen soll, müssen wir eine bewegliche Form finden. Weiter muß bei dem Stundenlohnbeitrag mit die kurze Arbeitszeit der Kollegen in der Sandsteinbranche berücksichtigt werden, die teils 40, 42 und höchsten 45 Stunden wöchentlich arbeiten, während andere Kategorien unseres Verbandes die 48stündige Arbeitswoche haben.

Schreibe den Vorstand und die Kollegen, zu dem gemachten Vorschlag Stellung zu nehmen, vielleicht ergibt sich aus einer Diskussion etwas Besseres und Greifbares zum Nutzen und Stärken unserer Kampforganisation.

Karl Montag.
Anmerkung der Redaktion: Der beachtenswerte Artikel vom Kollegen Montag ging uns erst nach Waffenschluß am Montag nachmittag zu. In Anbetracht der bereits getroffenen Regelung durch Verbandsauschuss und Vorstand haben wir die Aufnahme unter Zurückstellung anderer Sachen noch ermöglicht. Aber der Artikel zeigt uns, daß die Verbandsinstanzen mit ihrem Beschluß das Richtige getroffen haben. Wenn auch die Form eine andere ist, wie von M. gewünscht, sie darf uns jedoch nicht stören. In den Grundgedanken gehen wir konform, das ist gewiß zu be-

grüßen. Hoffentlich finden die Anregungen, die von vielen Seiten gegeben wurden und der die Kollegen Reinde und Montag bereiten Ausdruck geben, auch bei den Verbandsmitgliedern guten Boden. In den Beschlüssen der Verbandsinstanzen hat die Angelegenheit schnell und entschlossen ihren Niederschlag erhalten. Nun heißt es nicht kleinlich sein und für die Verwirklichung in den Zahlstellen einzutreten. Der Verband ist das Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder, nicht Selbstzweck, das möge bei der Beurteilung der Angelegenheit stets im Vordergrund stehen.

Gemeinschaftliche Sitzung des Verbandsauschusses mit dem Zentralvorstand.

Am 18. Dezember traten beide Instanzen zu gemeinsamer Beratung zusammen. Der Verbandsvorsitzende gab einleitend Bericht von der Bundesvorstandssitzung in Berlin, die vom 13. bis 17. Dezember getagt hat. (Eingehender Bericht erfolgt noch im nächsten „Steinarbeiter“.) Von der allgemeinen Situation ging dann der Berichterstatter auf Beruf, Wirtschaftslage und Verband ein und begründete die notwendige finanzielle Stärkung der Organisation. Die letzte Beitragserhöhung, die mit dem 1. Januar in Kraft tritt, sei durch Selbstentwertung und dementsprechender Lohnsteigerung längst überholt. Ausschuss und Vorstand hätten diese Lage zu prüfen und ferner auch den vielen Anregungen aus Mitgliederkreisen, die für höhere Beitragsklassen eintreten, Beachtung zu schenken. Nach eingehender Aussprache wird dann beschlossen, auf die durch Urabstimmung festgelegten Beitragsklassen noch drei höhere Klassen hinzuzunehmen, die ebenfalls vom 1. Januar 1922 Geltung haben sollen, und zwar: 9 Mark, 11 Mark und 13 Mark. An den übrigen Beiträgen soll nichts geändert werden, so daß jetzt 9 Beitragsklassen (2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 11, 13 M.) in unserem Verbands gelten. An einzelnen Orten sollen jedoch höchstens 6 Beitragsklassen von den festgelegten 9 in Anwendung kommen. Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses mag aus der Besprechung noch zusammenfassend hervorzuheben werden, daß allseitig und einmütig anerkannt wurde, der Bestimmung, daß „ein Stundenlohn dem Beitrag zugrunde gelegt werden soll“ auch in der Praxis Rechnung getragen werden muß. Besonders wurde die Anregung des Kollegen Reinde in Nr. 51 des „Steinarbeiters“ begrüßt, der mit treffender Begründung die Notwendigkeit weiterer höherer Beitragsklassen dargelegt habe. Gewünscht wurde, daß unserem starren Beitragsystem ein bewegliches Platz mache, um jedesmal am Quartalschluß die Beiträge der Entlohnung anpassen zu können. Der nächste Verbandstag soll hierin eine Änderung treffen, die jetzige Regelung gleiche deshalb einem Provisorium. Ausschuss und Vorstand sind überzeugt, daß die Verbandsmitglieder gegen die weiteren drei höheren Klassen kaum Einwendungen machen werden. Entsprechend der Steigerung der Beiträge ist auch jene der Unterstützungen, die an anderer Stelle nachzulesen sind, vorgesehen. In ihrer Höhe bedeuten sie nunmehr eine wirkliche Hilfe und Stütze. Eine Hinausschiebung dieser Angelegenheit bis zum Verbandstag im Mai 1922 schien nicht ratsam, weil heute noch nicht übersehen werden kann, wie sich bis dahin die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet gestaltet.

Im weiteren wurde beschlossen, den 22. ständigen Verbandstag am 22. Mai und folgende Tage in Leipzig stattfinden zu lassen, voraussichtlich im neuerbauten Heim der Leipziger Arbeiterschaft. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Geschäftsbericht: a) Vorsitzender; b) Tarifdegenert (Lohnbewegungen, Teuerungszulagen, Tarif- und Schlichtungswesen in der Steinindustrie), c) Kassierer; d) Schriftleitung des „Steinarbeiter“.
2. Beiträge und Unterstüzungen, Statutenänderungen (Referent: G. Walthert).
3. Unsere Stellung zum geplanten Baugewerksbund (Referent: G. Walthert).
4. Lage der Natursteinindustrie und der Steinarbeiter-Verkehrsgefährden (Referent: G. Siebold).
5. Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt wurden.
6. Wahlen.

Nach eingehender Aussprache wurde dann noch beschlossen, daß die Kosten für die Vertreter in den Schlichtungsinstanzen des Pflaster- und Schottertarifs von der Hauptkasse getragen werden. Alle übrigen Kosten für die Vertretungen der Streitfälle vor diesen Instanzen haben die betreffenden Zahlstellen selbst von den ihnen verbleibenden Prozenten der Beiträge zu tragen. Zu den Anregungen einzelner Zahlstellen, die durch Errichtung eigener Betriebe im Sinne der „sozialisierten Raubetriebe“ Mittel aus der Hauptkasse wünschen, wurde eine ablehnende Haltung eingenommen. Der Verband beteiligt sich nach seinen Kräften am Verband sozialer Raubetriebe, darüber hinaus nun sich örtlich in verschiedene solcher Betriebe der Steinindustrie festzulegen mit Verbandsmitteln, ist im Interesse der Gesamtkollegenchaft und unserer Kampffähigkeit nicht gutzuheißen. Die Angelegenheit soll der Verbandstag weiter klären.

Den Familien von zwei inhaftierten Kollegen soll zu Weihnachten je 300 M. überwiesen werden.

Der Vorsitzende des Verbandsauschusses gab dann bekannt, daß die unerhoffte Kassenrevision am 17. Dezember alles in peinlicher Ordnung gefunden habe. Belege, Bücher und Gelbbestand stimmten überein.

Nachdem noch einige interne Verbandsangelegenheiten geregelt bzw. besprochen und der Verbandsvorsitzende die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beschlüsse der Verbandsentwicklung und vor allen Dingen der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Verbandsmitglieder dienen möchten, war die Tagesordnung erschöpft.

Statutenänderungen, gültig vom 1. Januar 1922.

Am 1. Januar 1922 tritt die neue Beitragsleistung und Unterstüzung nach der Abstimmung vom 8. November und nach den neuerlichen Beschlüssen des Verbandsauschusses und des Zentralvorstandes vom 18. Dezember in Kraft. Diese Beschlüsse sind im vorhergehenden Artikel nachzulesen. — Nachstehend die Paragraphen, die im Statut durch die Beitragsregulierung geändert wurden. Diese Änderungen möge sich jedes Mitglied anschreiben und aufbewahren, da ein Neubruck der Statuten vor dem Verbandstag wegen der außerordentlichen Druckkosten und auch sonst nicht ratsam ist.

§ 3. Abs. 3. Das Eintrittsgeld beträgt 3 M., für jugendliche und weibliche Mitglieder 2 M. Für Ersatz verlorener oder durch eigene Schuld unbrauchbar gewordener Mitgliedsbücher sind 2 M. zu entrichten. Mitglieder, die aus anderen Organisationen übertraten, haben für das neue Buch oder Interimskarte 2 M. zu entrichten, solange, bis die Gewerkschaftsvorstände andere Regeln vereinbaren.

§ 4. Der wöchentliche Beitrag wird in 9 Klassen eingeteilt und beträgt in der

1. Klasse bei einem Stundenlohn von 13 M. u. darüb.	13 M.
2. " " " " " " " " " " " "	11—13 M.
3. " " " " " " " " " " " "	9—11 " "
4. " " " " " " " " " " " "	7—9 " "
5. " " " " " " " " " " " "	6—7 " "
6. " " " " " " " " " " " "	5—6 " "
7. " " " " " " " " " " " "	4—5 " "
8. " " " " " " " " " " " "	3—4 " "
9. " " " " " " " " " " " "	bis 3 " "

Aus bewaltungstechnischen Gründen ist es notwendig, in den einzelnen Zahlstellen die Zahl der Klassen auf das möglichste zu beschränken. Mehr wie 6 Beitragsklassen zugleich dürfen in einer Zahlstelle nicht geführt werden.

Einzelmitglieder bei der Hauptkasse haben den vollen Beitrag einzuzahlen.

Von dem Erlös der Beitragsmarken bleiben am Ort in der

1. Klasse 2.60 Mark	6. Klasse 1.— Mark
2. " 2.20 "	7. " —.80 "
3. " 1.80 "	8. " —.60 "
4. " 1.40 "	9. " —.40 "
5. " 1.20 "	

§ 5. Abs. 1. Streikunterstützung. Alle Streiks und Ausperrungen werden vom vierten Tage an unterstüz. Die Höhe der Unterstüzung beträgt bei einer Mitgliedsdauer von

Kl.	1—3 Jahren		4—6 Jahren		7—9 Jahren		10 J. u. darüb.	
	p. Tag	p. Woche	p. Tag	p. Woche	p. Tag	p. Woche	p. Tag	p. Woche
1	32.50	195.—	39.—	234.—	45.50	273.—	52.—	312.—
2	27.50	165.—	33.—	198.—	38.50	231.—	44.—	265.—
3	22.50	135.—	27.—	162.—	31.50	189.—	36.—	216.—
4	17.50	105.—	21.—	126.—	24.50	147.—	28.—	168.—
5	15.—	90.—	18.—	108.—	21.—	126.—	24.—	144.—
6	12.50	75.—	15.—	90.—	17.50	105.—	20.—	120.—
7	10.—	60.—	12.—	72.—	14.—	84.—	16.—	96.—
8	7.50	45.—	9.—	54.—	10.50	63.—	12.—	72.—
9	5.—	30.—	6.—	36.—	7.—	42.—	8.—	48.—

Die Unterstüzung für jedes Kind unter 14 Jahren beträgt pro Tag 2 M., pro Woche 12 M. Mitglieder, die bei Ausbruch eines Streiks noch nicht 1 Jahr organisiert sind, erhalten pro Woche weniger:

in der 1. Beitragsklasse	21.— M.
in der 2. Beitragsklasse	18.— M.
in der 3. Beitragsklasse	15.— M.
in der 4. und 5. Beitragsklasse	12.— M.
in der 6. und 7. Beitragsklasse	9.— M.
in der 8. und 9. Beitragsklasse	6.— M.

Mitgliedern, die infolge eines Streiks oder Ausperrung arbeitslos sind, wird eine Vergütung bis zu 100 M. gewährt. Umzugskosten (infolge Mahregelungen) werden bis zur Höhe von 400 M. gewährt.

Carrara. (Die Stadt des Marmors)

Von Th. Wolff-Friedenau. (Nachdruck verboten.)

Ausgezeichnete Spezialmaschinen zum Brechen und Bearbeiten des Gesteins, besonders konstruierte Drahtseilzägen, sind in weitem Umfange an die Stelle der schwierigen Handarbeit getreten. Die großen Blöcke werden heute vermittelst Drahtseilzägen, die über Scheiben laufen, direkt aus dem gewachsenen Felsen herausgeholt; die Drahtseile laufen durch Wasser, dann durch Quarzsand, der sich an dem nassen Drahtseil festsetzt, von diesem an das Gestein geführt wird und hier durch Druck die sägende Wirkung ausübt. Die Blöcke kommen dann, sofern es sich nicht um Statuenmarmor handelt, in die nahe gelegenen Sägereien, wo sie in Platten von 1 bis 5 Zentimeter Stärke zerschnitten werden. Anders wird bei der Gewinnung der Bildhauerblöcke, also des Statuenmarmors, zu Werke gegangen, indem das Bildwerk nach einem von dem Bildhauer angefertigten Modell auf dem gewachsenen Felsen im Raume punktiert und nach der Punktierung in einer Höhle herausgehauen wird. Die Höhle wird dann nach der Werkstatt des Künstlers transportiert, wo die eigentliche künstlerische Form herausgearbeitet wird. In dieser Weise lassen Bildhauer aus aller Herren Länder in Carrara ihre Marmorblöcke punktieren, viele haben hier auch ihre Werkstatt, in der der Block fertig ausgearbeitet wird.

Enorme Schwierigkeiten verursacht der Transport der schweren Blöcke von den Brüchen nach dem Tale und den Verladestellen. Hunderte, ja manchmal sogar Tausende von Zentnern wiegt solch ein Block. Auf Fuhrwerken können solche ungeheure Lasten natürlich nicht das Gebirge hinunter befördert werden. Daher befestigt man sich, indem man von der Stelle aus, wo der Block gebrochen wurde, nach dem Tale aus dem überreichlich vorhandenen Geröll, Abfallgestein, eine schiefe Ebene herstellt, auf der der Block auf untergelegten Schwellen herabgelassen wird. Gewaltige und lange Seile werden um den Block geschlungen, und Dutzende von Arbeitern lassen an diesen Seilen den Block das Gebirge hinunter. Die Arbeit ist nicht nur schwierig, sie ist auch äußerst gefährlich, und an so manchem weißberühmten marmornen Bildwerk, zu dem der Block in den carrarischen Brüchen gebauen wurde, floß das Blut der Blockführer. Darum wird keiner von ihnen es unterlassen, ehe er an das schwierige Werk geht, die Hände zum Gebet zu falten. So werden die Blöcke zu Tale gebracht, so werden sie weiter nach dem nahe gelegenen Hafen von Abenza geschafft, der im Volksmund Porto de Marmi, „Marmorhafen“ heißt, um dann den Weitertransport auf dem Wasserwege anzutreten, der nach Genua, Livorno oder Marseille, den Hauptniederlagen des carrarischen Marmors, geht.

Und wie heute, so schon im Altertum. Schon vor 2000 Jahren waten die carrarischen Brüder eine hochgeschätzte, schier unerschöpfliche Quelle für die Gewinnung edelsten Marmors. Aber auch schon die Etrusker, die geschichtlichen Vorgänger der Römer, dann erst die Römer selbst, holten sich hier einen guten Teil ihres Marmors, wenn damals auch noch der griechische Marmor, der Marmor von Paros, Naxos, Sikros, von Penthelikon usw., wohl der leichteren Gewinnung wegen, das Hauptmaterial der antiken Bildhauerei war. Lapidicinae lunensis, lunensische Steinbrüche, nannten die Römer das mächtige Marmorlager ihres Landes, dessen Gestein in dem Rom der Kaiserzeit eine hervorragende Rolle spielte und bei der grandiosen Marmorverwendung jener Zeit an erster Stelle stand. Noch heute finden sich in den carrarischen Brüchen vielfach Spuren antiker Marmorbearbeitung, und nicht selten werden auch Blöcke gefunden, die schon von römischen Marmorarbeitern gebrochen wurden und noch jetzt die römische Bruchmarke erkennen lassen.

In der Epoche der Völkerwanderung, die die Kultur der alten Welt zum Teil gänzlich vernichtete, zum Teil völlig verschob, geblieben sie in Vergessenheit, und erst im 11. Jahrhundert wandten ihnen die italienische Kunst von neuem ihre Aufmerksamkeit zu. Erstem lieferten die Brüder das Material zu den Marmorbauten der italienischen Städte. Der Dom und der schiefe Turm zu Pisa, das Baptisterium und der Campo Santo wurden schon damals aus dem Marmor der carrarischen Brüder aufgeführt, die seitdem ununterbrochen ausgebeutet worden sind und doch bis heute keine Spur von Erschöpfung erkennen lassen. Die Brüder auf dem Monte Altissimo, die den edelsten Bildhauerarmarmer, den reinweißen feinen Statuario, bergen, wurden in der Mitte des 16. Jahrhunderts unter dem künftigen Papst Leo X. und auf Veranlassung Michelangelos eröffnet, der hier das edelste Material für seiner Hände Meisterwerke fand. Seitdem hat Carrara der Bildhauerkunst der ganzen Welt den weitaus größten Teil ihres Arbeitsmaterials geliefert.

Gegenwärtig zählt Carrara allein etwa 600 Brüder, die benachbarten Orte Massa und Gravagna, ebenfalls weitberühmte Zentren der Marmorgewinnung, je 200 Brüder, zusammen also etwa 1000 Brüder, die, abgesehen von den noch so gut wie gar nicht erschlossenen Marmorlagern in Südwest-Afrika, das größte Marmorvorkommen der Welt repräsentieren. Die Stadt Carrara besitzt eine ausgezeichnete Bildhauerakademie, die die bedeutendsten Bildhauer der Neuzeit, darunter Canova und Thorwaldsen, zu ihren Schülern gezählt hat und überdies eine reichhaltige Sammlung von Kopien nahezu aller wichtigeren antiken und modernen Skulpturen enthält. Eine auf das Vortrefflichste eingerichtete Spezialschule für den Unterricht in der Gewinnung und Bearbeitung des Marmors ist ebenfalls vorhanden und bildet jährlich tüchtige Marmorarbeiter aus, die ihre Kenntnisse in der

Architektur, dem Kunstgewerbe und der Marmorwarenindustrie der ganzen Welt verwerten. Die Gesamtmenge des jährlich in Carrara gebrochenen Marmors beträgt etwa 2 Millionen Tonnen, von denen Marmor im Werte von ungefähr 6 Millionen Lire ausgeführt wird. Die Einfuhr nach Deutschland hat jedoch bedeutend nachgelassen, weil die Zulassung von Marmor überhaupt mit Rücksicht auf die deutschen Marmorvorkommen und aus sonstigen volkswirtschaftlichen Gründen kontingentiert ist, das heißt, nur eine bestimmte Menge hereinkommt.

Sterben.

Sterben müssen alle. Hoffnungslös stimmt der Gedanke so manchen und andere veranlaßt er zu seichem Auskosten des Augenblicks. Und die Sittenlehre der kirchlichen Religion vermag diesem Egoismus keinen Einhalt zu bieten, denn sie erzieht selber zum Egoismus, indem sie dem kleinen selbstischen Ich eine Fortsetzung nach dem Tode verspricht. Nur eine natürliche Weltanschauung kann zu wahrer Eitlichkeit hinauf bilden, indem sie das Sterben zur Vollendung macht.

Nicht Selbstzweck ist jeder einzelne. Er ist vorhanden, daß Entwicklung werde. Aufgehen ist des Lebens Zweck, Aufgehen im Ganzen. Das Einzelglied muß sein, damit die Zukunft werde. Bei manchen Tieren tritt dieser Gedanke ganz besonders ausgeprägt in die Erscheinung. So gehen manche Männchen bald nach der Befruchtung unter. Sie haben damit ihre Aufgabe in der Entwicklung vollbracht. Und so manche Weibchen leben nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem das Leben der Nachkommenschaft gesichert ist. Damit ist auch ihre Zukunftspflicht erfüllt.

Im Neuen soll das Ich aufgehen, und Sterben heißt, dem Neuen gelebt zu haben. Wie unfaßbar klein erscheinen da manche Menschen gegenüber diesem Opfergedanken, wie ihn die Natur in jenen Tieren zum Ausdruck brachte. Sie kennen nur sich und oberflächliches Genießen. Das nennen sie: leben. Und wenn sie sterben, dann haben sie gar nicht gelebt.

Wenn aber das volle Aufgehen im Ganzen das höchste natürliche Glück ist, dann haben wir zunächst einmal die Voraussetzung zu solcher sittlichen Kultur zu schaffen. Kann der Mensch sich heute entfalten in seiner vollen Art? Kann er seine geistliche und geistige Fülle geben? Kann er sein ganzes, schönstes innerstes Persönlichkeits-Ich aufgehen lassen zu neuen Entwicklungshöhen? Der Kapitalismus hat unseren Geist und unsere Seele in Ketten gelegt. Ihn zu beseitigen ist darum die erste natürlich-sittliche Pflicht. Und darum tut es unser gewerkschaftlicher Kampf, der uns im Heute den vollen Inhalt des Lebens zu geben vermag, und nur der hat wahrhaft gelebt, der seine Pflicht im Dienste des gewerkschaftlichen Gedankens erfüllt hat.

Abf. 2. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage wird nicht unterjügt. Vom vierten Tag kann bezogen werden:

Nr.	52 vollen Wochenbeitr. bis zu 6 Wochen			156 vollen Wochenbeitr. bis zu 8 Wochen		
	Tag m.	Woche m.	Schicht m.	Tag m.	Woche m.	Schicht m.
1	6.50	39.—	234.—	7.—	42.—	336.—
2	5.50	33.—	198.—	6.—	36.—	288.—
3	4.50	27.—	162.—	5.—	30.—	240.—
4	3.50	21.—	126.—	4.—	24.—	192.—
5	3.—	18.—	108.—	3.50	21.—	168.—
6	2.50	15.—	90.—	3.—	18.—	144.—
7	2.—	12.—	72.—	2.50	15.—	120.—
8	1.50	9.—	54.—	2.—	12.—	96.—
9	1.25	7.50	45.—	1.50	9.—	72.—

Nr.	260 vollen Wochenbeitr. bis zu 10 Wochen			416 vollen Wochenbeitr. bis zu 12 Wochen		
	Tag m.	Woche m.	Schicht m.	Tag m.	Woche m.	Schicht m.
1	7.50	45.—	450.—	7.50	45.—	540.—
2	6.50	39.—	390.—	6.50	39.—	468.—
3	5.50	33.—	330.—	5.50	33.—	396.—
4	4.50	27.—	270.—	4.50	27.—	324.—
5	4.—	24.—	240.—	4.—	24.—	288.—
6	3.50	21.—	210.—	3.50	21.—	252.—
7	3.—	18.—	180.—	3.—	18.—	216.—
8	2.50	15.—	150.—	2.50	15.—	180.—
9	2.—	12.—	120.—	2.—	12.—	144.—

Abf. 1. Beim Sterbefall eines Mitgliedes kann der Vorstand den Hinterbliebenen, sofern der Verstorbene mindestens drei Jahre der Organisation angehört, Unterstützung gewähren, und zwar bei einer Mitgliedschaft von:

Nr.	3 Jahren m.	5 Jahren m.	7 Jahren m.	10 Jahren m.
1	260.—	280.—	300.—	320.—
2	220.—	240.—	260.—	280.—
3	180.—	200.—	220.—	240.—
4	140.—	160.—	180.—	200.—
5	120.—	140.—	160.—	180.—
6	100.—	120.—	140.—	160.—
7	80.—	100.—	120.—	140.—
8	60.—	80.—	100.—	120.—
9	40.—	60.—	80.—	100.—

Aus den Zahlstellen.

Kappeleredel. Unsere Mitgliederversammlung fand am Sonntag, dem 4. Dezember, statt. Der Vorsitzende gab das Resultat bekannt über die Unterhandlungen mit der Werksteingruppe vom 29. November 1921, was für die Kollegen allgemein befriedigend war. Die Stundenlöhne stellen sich nun wie folgt: Steinbrecher und Schmelzer 8.80 M., Reinarbeiter 8 M., Hilfsarbeiter 7 M. Dieser Lohnsatz gilt bis 15. Januar 1922. Die auf die Akkordlöhne geforderten 100 Prozent Teuerungszulage wurden restlos durchgebracht und haben Gültigkeit vom 15. November bis 15. Dezember. Der Lohnkommission gelang es, obwohl es in unserer Forderung nicht vorgesehen war, am 16. Dezember bis 15. Januar weitere 50 Prozent zu erreichen. Dafür wurde von der Versammlung Dank an die Lohnkommission ausgesprochen. Die in der Pfistersteingruppe schwebenden Verhandlungen über Teuerungszulage fanden ihren Abschluss durch Schiedsspruch des Tarifamts in Karlsruhe. Der Schiedsspruch wurde von den Kollegen angenommen, obwohl das Resultat nicht befriedigend war. Die Kollegen befaßten sich vor, zu geeigneter Zeit wieder an die Unternehmer mit neuen Forderungen heranzutreten. Beim 3. Punkt der Tagesordnung wurde dem Antrag des Vorsitzenden, wonach sämtliche Kollegen der Zahlstelle, mit Ausnahme der Mindererwerbsfähigen, ab 1. Januar die erhöhte 1. Beitragsklasse zu bezahlen haben, einstimmig stattgegeben. Der Antrag des Kollegen Perlet, unsere Vorkasse durch einen einmaligen Ertragsbeitrag von 5 M. pro Mitglied zu stärken, wurde ebenfalls angenommen. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden, an der nun bald stattfindenden Generalversammlung sich zahlreich zu beteiligen und auch im neuen Jahre treu zum Verband zu stehen, wurde die anregend verlaufene Versammlung beendet.

Wölferbütt. Am 5. Dezember war hier von dritter Seite eine Verammlung der hiesigen Steinarbeiter einberufen worden. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Höner vom Verband christlicher Steinarbeiter erschienen. Hauptthema waren Arbeitsgemeinschaft und die Vorzüge des Berufsverbandes der christlichen Steinarbeiter. Herr Höner sah vor allen Dingen sein Ziel darin, den Kollegen zu erklären, in welcher einflussreicher Stellung er sich gegenüber den Arbeitgebern befindet. Weiter teilte er den Kollegen mit, daß er über sämtliche Freize der Pfister- und Werksteindustrie orientiert wäre und deshalb bei Verhandlungen, die er aber leider selten mitmache, ein ganz gefürchteter Gegner der Arbeitgeber wäre, denn in seiner Nähe wage es kein Unternehmer von einer schlechten Konjunktur in der Steinindustrie zu sprechen. (Hört, hört! Redakt.) Hauptächlich war der ganze Vortrag auf Agitation angelegt, was natürlich von unangenehm geklungenen Kollegen bei dem Referat selbst nicht verstanden wurde. Nach dem Referat entstand eine längere Diskussion, die von unserm Vorsitzenden Kollegen Heß geführt wurde, wo dann den meisten Kollegen ein Licht aufging, mit wem wir es eigentlich zu tun hatten. Kollege Heß führte aus, daß der Berufsverband deutscher Steinarbeiter das Firmenschild christlich besetzt habe, nachdem eingesehen worden war, daß es nach dem Kriege wohl keine Zugkraft mehr besitzt, um nun mit der neuen Firma auf Mitgliederfang zu gehen. Weiter wurde Herr Höner aufgefordert, seinen geringen Einfluß für die gesamten Kollegen geltend zu machen, und nicht nur bei einzelnen Verhandlungen, wenn dann der Erfolg nicht ausbleibe, wir gar nicht zögern würden, ihrem Verbande beizutreten, wenn sie uns den Beweis erbrächten, daß ihr Verband mehr leisten könnte als der Zentralverband der Steinarbeiter. Bis dahin müßten wir schon eine abwartende Stellung einnehmen. Im weiteren wurde hervorgehoben, daß die Beiträge im Berufsverband nicht höher als im Zentralverband der Steinarbeiter wären, demgegenüber aber die Unterstützungsfälle. Auf Forderung des Kollegen Heß, uns ihr Statut auszuhändigen, wurde bedauert, keine zur Hand zu haben, er würde aber in einigen Tagen ein Exemplar bekommen, bis heute warten wir noch darauf. (Aus diesem Grunde hat sich auch der Bericht verzögert.) Auf Verlangen, ob denn unsere Kollegen vom Zentralverband nicht in den Außenhandelsstellen vertreten wären, wurde auch dies von Herrn Höner zugegeben. Ueberhaupt bedauerte Herr Höner, daß der Zentralverband aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten wäre und der Begleiter des Herrn meinte, wenn der Verband aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten wäre, überhaupt mit ihm dort nicht mehr verhandelt würde. (Schrecklich! Redakt.) Demgegenüber erklärte Kollege Heß, daß er nicht glaube, daß die Zentralvorstandsmitglieder etwa dazu drängen, dort gerne zu verhandeln, denn von einer Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern, wo wohl Zulagen gemacht, aber nicht durchgeführt werden, halten auch die übrigen Kollegen nichts. Auch wurde von Heß angefragt, wieviel Mitglieder Höner vertritt; derselbe erklärte: 18.000, in Wirklichkeit aber 110.000, weil der Fabrik- und Transportarbeiterverband mit eingeschlossen wäre, und dadurch auch höhere Unterstützung bezahlt würde. Demgegenüber wurde vom Kollegen Heß erwidert, daß wohl höhere Sätze bei ihnen in Betracht kämen auf dem Papier, aber in Wirklichkeit nicht in Frage kommen, denn Streiks sind bei ihnen selten. Auch spielte die Religion eine Rolle. Von den beiden Herren wurde darauf hingewiesen, daß vielleicht Kollegen unter uns wären, die christlich gesinnt seien, und es sich wohl überlegen müßten, ob sie ihre Beiträge weiterhin einem Verbande geben wollten, der gegen ihre Weltanschauung Stellung nehme. Diesbezüglich sollten wir die Weihnachtsartikel im „Steinarbeiter“ lesen, auch wurden zur Begründung hierfür einige Zitate von Gewerkschaftsführern angeführt, auch besaße sich der Berufsverband nicht mit Politik, sondern wäre vollständig neutral. (?) Kollege Heß führte demgegenüber etwa folgendes aus: Mit dem Augenblick, wo die christlichen Steinarbeiter mit den freien Gewerkschaften nicht mehr einverwandten gewesen wären, hätten sie Politik und Parteifrage getrieben. Religion

und Christentum getriebe nicht in die Pfaffenorganisationen, dies müßte doch den wirklichen Christen überlassen werden, aber nicht solchen Leuten, die sich nach außen mit dem Christentum brüsten und innerlich mit demselben nichts gemein hätten. Wenn es vorgekommen wäre, daß hier und da ein Kollege im „Steinarbeiter“ Stellung zu dem Christentum genommen hätte, um seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, so sei das doch nicht allgemein zu bewerten, und im weiteren würde wohl auch einem christlich gesinnten Kollegen das Recht zu, gegen solche Artikel im „Steinarbeiter“ Stellung zu nehmen. Jedenfalls haben aus der Versammlung unsere Kollegen erfahren, wie sie hinter die Fühler geführt werden sollen und hat die Versammlung, das wollen wir Herrn Höner zur Berichtigung mitteilen, den Erfolg gehabt, daß die paar Kollegen, die im Berufsverband der Steinarbeiter organisiert waren, sich bereit erklärten, in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands beizutreten.

Anmerkung der Redaktion: Nach dem Bericht zu urteilen ist der Sempelpfad, auf den der Vorsitzende der christlichen Steinarbeiter mit einem Adjutanten auszog, in der Zahlstelle Wölferbütt nicht gelungen. Wie sollte es auch? Wer einigermaßen richtigen Instinkt für den Kampf ums Dasein hat, durchschaut die „Hans Dampf in allen Gassen“ und winkt ab. Ausnahmefähigkeit und recht viele Funktionen in Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften oder wie diese Körperschaften sich alle nennen und an deren Teilnahme die Christen so verlesen sind, haben der fortschreitenden Not im Wirtschaftsleben und besonders in der Steinindustrie bisher keinen Abbruch tun können, trotz der vielen Rederei und der unzähligen Sitzungen, um allerwenigsten durch christliche Schamschlägerei und wer sich in der Öffentlichkeit hinstellt mit dem Eigentum: „Seht doch an, was ich für ein tüchtiger Kerl bin!“ Na, der ist in den Augen anderer alles andere, nur nicht tüchtig, wenigstens nicht auf dem Gebiet, auf dem er so selbstbewußt eine Pose annimmt. Mancher Arbeitgeber und mancher Kollege, der Gelegenheit hatte, mit den „starken Männern“ zu verhandeln, wird schmunzeln über die im Bericht zum Ausdruck gebrachte Orientierung. Die Kollegen allerdings mit eigenartigen Gefühlen. Wir wollen es vorläufig unterlassen, diesen Faden weiter zu spinnen, im Interesse der gesamteten Steinarbeiter, aber wenn es nicht anders geht, müssen wir gelegentlich doch noch unsere „Christliche Steinarbeiter“-Altenversammlung verwerthen. — Unsere Kollegen werden gewiß auf dem Posten sein und wer von ihnen unsere Bewegung einigermaßen kennt, ist sicherlich in der Lage, unseren Standpunkt in der Arbeiterkategorie überzeugend darzulegen und ferner auch mit dem christlichen Dogmen- und Kirchenglauben fertig werden, der bekanntlich himmelweit entfernt liegt von wirklicher Christenpflicht und — sagen wir — Herzensreligion. Die wirkliche Kampforganisation für die Proleten in der deutschen Steinindustrie war und bleibt der Zentralverband der Steinarbeiter, darüber gibt für jeden, der sehen will, jede Nummer unserer Verbands-Wochenzeitschrift bereites Zeugnis.

Die Teuerungszulage des Reichslohntarif für die Granitschleifereien erfährt ab 22. bzw. 23. Dezember im Einverständnis beider Verbände eine vorläufige Erhöhung um 50%. Da die Lohnkommission des Verbandes deutscher Granitwerke vor Weihnachten nicht zu Verhandlungen bereit war, hat der Verbandsvorstand beantragt, die Verhandlungen in der Woche nach Weihnachten stattfinden zu lassen.

Kamen. Die am Sonnabend, dem 10. Dezember, abgehaltene Monatsversammlung zeigte leider wieder, daß es bei den Kollegen immer noch an Kraft fehlt, sich aufzuraffen, um in die Versammlung zu kommen, und da ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, für dies oder jenes, was zur Aufbesserung unserer schlechten wirtschaftlichen Lage dienen kann. Die Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches, 2. Kasernenbericht, 3. Verschiedenes, wurde im Laufe von 2 1/2 Stunden erledigt. Unterm ersten Punkt gab der Vorsitzende bekannt, daß eine neue Lohnforderung in der Höhe von 3 M. mehr für jede geleistete Arbeitsstunde an die Unternehmer eingereicht wurde. Die Forderung war einstimmig vom Vertreter des ganzen Bezirks in Demitz beschlossen worden. Begründet ist sie damit, daß die Kosten der Lebensführung durch die letzte Teuerungswelle so gestiegen sind, daß ohne eine nennenswerte Erhöhung der Löhne nicht auszukommen ist. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar 1922 an die fünf ersten Beitragsklassen zu führen, jedoch mit der Bemerkung, soweit sie möglich sich auf drei oder vier Klassen zu beschränken, auch wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß dies Jahr 53 Beiträge zu entrichten sind. Im Anschluß wurde beschlossen, daß ein jeder Kollege bei dem Betriebskassierer in dem Betriebe, wo er beschäftigt ist, die Beitragsmarken zu entnehmen hat, auch dürfen Betriebskassierer an Kollegen, die in einem andern Betrieb beschäftigt sind, keine Marken verkaufen! Es wurde auch beantragt, daß die Bezirkskassierer wie Landes- und Hauptkassierer für die Brecher- und Schotterindustrie ernannt sind. Punkt 2: Kasernenbericht vom 3. Quartal ergab folgendes: Hauptkasse: Einnahme 15.438 M., Ausgabe 15.438 M., Vorkasse: Einnahme 8901.24 M., Ausgabe 4329.05 M., mithin ein Kasernenbestand von 4572.19 M., Mitgliederbestand 564. Auf Antrag der Revisoren hin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, in nächster Zeit für die Betriebsräte eine Zusammenkunft mit Vortrag stattfinden zu lassen. Ferner wurde aus der Vorkasse vorläufig für den kranken Kollegen Hermann Lesche 200 M. und für die notleidenden Familien der vier inhaftierten Kollegen in Demitz 500 M. bewilligt. Am Schluß der Versammlung ersucht Vorsitzender die Betriebsräte dringend, die sehr lehrreichen Kurse zu besuchen.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Die deutsche Regierung hat bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsaufschub beantragt und durch den gleichzeitigen Hinweis auf das Scheitern ihrer Anleihebemühungen in England die Hand an die Wunde des ganzen Reparationsproblems gelegt. Deutschland gilt im Ausland solange nicht als kreditwürdig, als die unflinchtigen Forderungen des Londoner Ultimatums auf ihm lasten. Es ist leicht, jetzt die Behauptung aufzustellen, daß die Erfüllungspolitik der deutschen Regierung zum Bankrott geführt habe. Wäre aber feinerzeit die Annahme des Londoner Ultimatums verweigert worden, so hätte Frankreich sich bis in alle Ewigkeit auf den angeblich „hohen Willen“ Deutschlands berufen und durch weitere Befehung deutschen Gebietes den ärgsten Forderungen seiner Chauvinisten Rechnung getragen. Man mag sich zur Erfüllungspolitik des Reichsanwalters stellen wie man will, wird aber anerkennen müssen, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit einen radikalen Stimmungsumschwung in den ehemals feindlichen Ländern und sogar in Frankreich herbeigeführt hat, so daß nach vor Ablauf dieses Jahres die Frage einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems ernsthaft zwischen den führenden Staatsmännern der Entente zur Diskussion gestellt werden kann. Ob wir diesen ganz zweifellosen Erfolg durch eine runde Ablehnung des Londoner Ultimatums ebenfalls erreicht hätten, scheint mehr als zweifelhaft. Jedenfalls würde auf Deutschland das Obium des böswilligen Schuldners lasten, und die ganze politische Einstellung unserer früheren Gegner würde eine dementsprechende sein. Daß die bisher ausgeübten Leistungen die deutschen Staatsfinanzen ganz erheblich geschädigt haben, liegt auf der Hand. Der Notenumlauf der Reichsbank ist seit Anfang Mai von etwa 70 Milliarden Mark auf 102 Milliarden Mark gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich die schwebende Schuld des Deutschen Reiches von rund 190 Milliarden auf 233,5 Milliarden Mark. Allein die erste Dezemberdekade brachte

eine Steigerung um sieben Milliarden Mark. Die seit Mai eingetretene Entwertung der deutschen Mark spiegelt sich in einer Steigerung des Dollarkurses von 64,75 Mark am 10. Mai auf rund 190 Mark am 15. Dezember und die vorübergehende Erhöhung des Dollarkurses auf 330 M. im November zeigt, in welchem Tempo sich das Verhältnis unserer Währung zu derjenigen des Auslandes verschlechtert hat, wenn die Entente wider Erwarten auf der Zahlung der Januar- und Februarraten bestehen sollte. In wie hohem Maße gerade die breiten Volksschichten von der Wucht der Reparationslasten in ihrer Lebenshaltung niedergedrückt wurden, zeigt die im laufenden Jahre eingetretene rapide Verteuerung aller wichtigen Lebensbedürfnisse. Wenn jetzt die Regierung die Entente um Zahlungsaufschub bittet, so kann sie es in dem Bemühen sein, daß sie in dem Bemühen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, bis an die Grenzen des Möglichen gegangen ist, und daß ihr nie und nimmer der Vorwurf eines betrügerischen Bankrotts gemacht werden kann. Die jetzige Situation ist durch die Gewaltpolitik der Entente geschaffen.

Was ist die deutsche Mark wert? Man spricht gegenwärtig sehr viel von der Stabilisierung der deutschen Währung. Bisher ist jedoch nur selten der Versuch gemacht worden, festzustellen, auf welcher Wertgrenze sich ungefähr die deutsche Papiermark im Falle des Zustandekommens eines Moratoriums und einer Ausgleichung des Defizits im Reichsbet stabilisieren läßt. Die Bewertung der deutschen Mark an den in- und ausländischen Werten läßt eine gewisse Sicherheit in der Beurteilung vermischen. Die starken Schwankungen nach oben und unten sind nicht selten Folgen des zufälligen Zusammentreffens spekulativer Käufe oder Verkäufe in größerem Maße. Mathematisch genau wird sich der innere Wert der Papiermark überhaupt nicht ermitteln lassen, da bei der geringen Golddeckung das Maß des Vertrauens in die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, also ein ziffernmäßig nicht auszudrückender Faktor, eine große Rolle spielt. Kammergerichtsrat a. D. Ben Wellenkamp hat in diesen Tagen in der „Berliner Wörten-Zeitung“ den Versuch einer derartigen mathematischen Wertermittlung gemacht. Er kommt zu folgendem Ergebnis:

Die Goldbedeckung der Reichsbank ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt, daß sie für die ausgegebenen Noten Deckung gewähren soll, zu betrachten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt, daß sie zugleich eine für die in Noten auf Wunsch der Inhaber umzuwandeln belandenen Reichsschuldanweisungen gewährt. Da etwa 226,5 Papiermark-Milliarden an Reichsschuldanweisungen ausgegeben sind, von denen allerdings 114 im Tresor der Reichsbank liegen, so werden neben den von der Reichsbank ausgegebenen 101 Milliarden Papiermarknoten, noch 226,5 Milliarden (Papiermark) Reichsschuldanweisungen — abzüglich der hiervon in der Reichsbank beruhenden 114 Milliarden — mithin 226,5 — 114 gleich 112,5 Milliarden Papiermark, insgesamt also 101 und 112,5 Milliarden Papiermark durch die eine Milliarde Gold der Reichsbank zu decken sein. Unter Papierflut von 101 und 112,5 = 213,5 Milliarden Mark steht also nur eine Milliarde Goldmark gegenüber. Das ist das Verhältnis, durch dessen Betrachtung das zutreffende Bild von der Papierinflation in Deutschland gewonnen wird.

Legt man dieses Verhältnis zwischen „Papier“ und „Deckung“ einer kritischen Betrachtung des Devisenkurses zugrunde, so muß man zu dem erwähnten Ergebnis gelangen, daß der Kurs der Mark unerwartet hochsteht. Denn es ergibt sich folgendes Beispiel: Kaufte Amerika die gesamte Papierflut von 213,5 Milliarden Papiermark zum Kurse vom 9. Dezember auf (1 Dollar = 188 1/2 M.), so hat es dafür den Betrag von 1,1326 Milliarden Dollar angewandt. 1,1326 Milliarden Dollar, die ja vollen Goldwert haben, sind aber = 4,7569 Milliarden (1,1326 : 4,20) Goldmark. Da der Käufer kaum eine Milliarde Goldmark (die neben dem Goldvorrat in der Reichsbank vorhanden, bei Zurückführung auf ihren Goldwert nur geringfügigen weiteren Dedungen werden durch die ihnen gegenüberstehenden weiteren Passiven mehr als aufgewogen) als Deckung vorfindet, so bleibt er in Höhe von 3 1/2 (3,75) Milliarden Goldmark ungedeckt und auf die Aussicht angewiesen, bei einer eventuellen Liquidation des Reiches sich schadlos zu stellen.

Mit anderen Worten: bei einem Kurse von 188 1/2 Papiermark für die Dollar schenken zur Zeit die Markkäufer dem Reich einen Kredit von 3,75 Milliarden Goldmark (die auf 3,75 mal 45 = 168,75 Milliarden Papiermark zu bewerten sind).

Diese Ergebnisse der Untersuchungen Wellenkamps zeigen, wohin eine einseitige Bewertung der Mark unter dem Gesichtspunkte der Golddeckung führen muß. In Wirklichkeit hat Deutschland, wie so viele andere Staaten mit unterwertiger Valuta, gar keine Goldwährung mehr, sondern eine auf schwacher Goldbasis ruhende Papierwährung. Der Wert der Mark kann also nur noch gemessen werden an der Kaufkraft, die sie im In- und Auslande besitzt. Seit dem Sommer 1914 sind die Kosten des Nahrungsmittelwandels ungefähr auf das Neun- bis Zwanzigfache gestiegen. Das würde einem Wert der Papiermark von etwa 5 Friedenspfennigen entsprechen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß — wie jeder aus seinen eigenen Erfahrungen weiß — dieser verhältnismäßig hohe Wert erkauft ist mit einer Zurückhaltung des allgemeinen Lohnniveaus und einer entsprechenden Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten. Es ist auch nicht angängig, die Kaufkraft der Mark etwa nach den Mietpreisen zu beurteilen. Die Herstellung von Wohnhäusern ist heute so teuer, daß die Mietpreise für neue Wohnungen sich beträchtlich höher stellen als für die alten. Das Ausland bewertet gegenwärtig die Papiermark mit etwa 2 Friedenspfennigen. Bemerkenswert ist das Urteil maßgebender Persönlichkeiten der amerikanischen Finanz- und Industriewelt, die der Meinung sind, daß die Mark in den nächsten Monaten nicht unter 0,45 Cts. herabsinken und schwerlich über 0,65 Cts. steigen werde. Das entspräche einem Dollarkurs von 165 bis 220 M. Gemessen an der Vorkriegswährung hätte hiernach die Mark einen Wert von 2 bis 2 1/2 Friedenspfennigen. Die Spannung zwischen der Kaufkraft der Mark im In- und Ausland ist also immerhin noch recht erheblich. Je mehr im Inland die noch zu günstigen Devisenkursen angeschafften Rohmaterialien und Lebensmittel zur Neige gehen und durch neue Käufe bei höheren Devisenkursen ergänzt werden müssen, um so mehr wird auch die Teuerung fortschreiten und die Kaufkraft der Mark im Inland sich der Bewertung derselben an den ausländischen Werten anpassen. Alles weiteres wird in hohem Maße abhängen von dem Ausgange der internationalen Finanzkonferenzen und der Neuregelung des Reparationsproblems.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Im Kalkwerk zu Friesenrath bei Walheim (Kr. Aachen) kam der Kollege Joh. Dateneit auf recht erbärmliche Weise ums Leben. Eine einstürzende Steinwand begrub den Unglücklichen; erst nach vierstündigem Aufräumen konnte er als Toter geborgen werden. Seit seinem 14. Jahre arbeitete der Verunglückte im Steinbruch, 57 Jahre ist er alt geworden; nun haben die in den Spalten und Rissen der Felsen schummelnden Perforationskräfte einen ihrer Verwüster erschlagen. — Steinbrecherlos!
Im Kalksteinbruch in Fachingen der Firma Krupp zum Zahlstellenbereich Altdenz gebrannt, verunglückte auf ähnliche Art der Kollege Joh. Wilhelm Kreuz, 38 Jahre alt, Vorsitzender der Zahlstelle und des Betriebsrates. Zahlstelle und damit der Gesamtverband verlieren in ihm ein äußerst tüchtiges Mitglied, stets bereit, für das Wohl seiner Kollegen einzutreten.
Der Kampf für Verwendung von Naturstein hat schon vor dem Weltkrieg die Straßburger Steinarbeiter mobil gemacht, auch jetzt unter der französischen Stadt- und Staatsherrschaft wehren sie sich ihrer Haut, um der Steinindustrie Licht und Luft zu erhalten. Ein Bauprojekt von 7 Millionen Frank steht nur die Verwendung von Kunststein vor. Eine Straßburger Versammlung nahm nach einem Referat des Kollegen Schaefer folgende Entschließung an:
„Die heute, am 10. Dezember 1921, in der Wirtschaft „Zum Was-Mhin“ tagende Versammlung der Steinarbeiter erhebt ein

Protest gegen den Beschluß des Gemeindevorstandes, nach welchem an den städtischen Bauten bei der Schwarzwaldbahn nach Künstlingen verwendet werden dürfen und Naturstein vollständig ausgeschaltet wird. Wir sind durch diesen Beschluß schwer geschädigt und dadurch der größte Teil der Steinbauer von Straßburg arbeitslos. Auch sind wir der Meinung, daß bei einem Projekt von 7 Millionen Frank die Stadtverwaltung die Pflicht hat, jeden Versuch, der in Frage kommt, zu berücksichtigen, denn wenn auch nur ein Teil der vorgesehenen Arbeiten von Naturstein geworden wäre, so hätte unter den Steinbauern jede Arbeitslosigkeit vermieden werden können. Wir erwarten, daß für alle Zukunft solche Beschlüsse vermieden werden und die Stadtverwaltung so schnell als möglich geeignete Arbeiten verleihe, damit auch unsere Kameraden wieder in die Lage kommen, auf ihrem Beruf zu arbeiten.

Gewerkschaftliches. Ein Denkmal für Karl Legien. Am 15. Dezember wurde im Beisein einer großen Zahl Freunde des Verstorbenen der Gedenkstein enthüllt, den der ADGB. seinem langjährigen Vorsitzenden hat setzen lassen. Welche Verehrung und Achtung der Verborene genoss, der nun schon bald ein Jahr im Schoß der Erde ruht, ist allseitig bekannt, bekannt wenigstens jenen, die seit Jahren in und für die Arbeiterbewegung wirken. Der Genosse Kraßmann vom ADGB. und Süß vom Afa-Bund würdigten mit kurzen Ansprachen den Augenblick der Enthüllung. Ein einfacher schmuckloser Muschelkalkstein, nur mit der Inschrift „Legien“ ehrt den Verstorbenen für die Nachwelt und den Friedhofbesucher. Für die Arbeiterbewegung liegt das Gedenken an Legien auf anderem und vielseitigerem Gebiet, dazu bedarf es nicht eines Steines. Aber der letztere ist von einer solchen anpruchlosen Einfachheit, die unsere Berufsarbeit zum Widerspruch reizen könnte, und doch entspricht der Gedenkstein in seiner Wirkung dem Wesen und Wirken des Verstorbenen. Rantig, rau und trotzig ragt der Felsbrocken in die kalte Dezemberluft, auf gutem Unterbau steht er fest und unerschütterlich, so war auch die Auffassung Karl Legiens von der Arbeiterbewegung.

Die Erwerbslosenunterstützung für Bauarbeiter. Die Unterstützung für die Bauarbeiter, die infolge von Witterungsverhältnissen (Frost) arbeitslos werden, hat immer wieder zu Differenzen geführt, da die Ursache der Arbeitslosigkeit nicht Kriegsfolge war und damit nicht unter der Voraussetzung für die Erwerbslosenunterstützung fiel. Die Folge war, daß die Verweigerung der Unterstützung die Bauarbeiter von dem erlernten Beruf in andere Beschäftigung abdrängte und damit den Bauarbeitermangel vergrößerte. Infolge von Verhandlungen des ADGB. hat der Reichsarbeitsminister die Landesregierungen angewiesen, den Bauarbeitern bei ihrem Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung „jedes im Rahmen der geltenden Vorschriften mögliche Entgegenkommen zuteil werden zu lassen“. Eine eventuelle Arbeitsvermittlung, die bei Bezug von Unterstützung natürlich Voraussetzung sein muß, soll während der Frostperiode möglichst nur in vorübergehende Beschäftigung erfolgen, um den Arbeiter zum Bauern zurückzuführen zu können.

Entlassungen zur Behebung eines Mangels an Facharbeitern. Nach Mitteilungen aus dem Reichsarbeitsministerium hat die Entlassung solcher Facharbeiter, die in einem fremden Beruf Stellung gefunden hatten, zur Zeit aber in ihrem erlernten Beruf dringend gebraucht wurden und sofort in Arbeit treten konnten, zu Differenzen geführt. Der Reichsarbeitsminister hat in folgendem Rundschreiben zu dieser Frage Stellung genommen:

Wir mitgeteilt wird, ist die Entlassung von Facharbeitern, die in ihrer Arbeitsstelle entbehrlich, an anderen Stellen des Wirtschaftslebens aber dringend notwendig sind, dadurch erschwert worden, daß auch in diesen Fällen der § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 angewendet worden ist. So ist insbesondere verlangt worden, daß die Arbeit in einem Betriebe gestreckt werde, ehe Bauarbeiter, die in diesen an sich berufsständigen Betrieb übergegangen, dort aber entbehrlich waren, entlassen werden dürfen. Diese Auffassung entspricht den Absichten nicht, die der Gesetzgeber mit dem § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 verfolgt hat. Diese Bestimmung befristet sich, wie schon ihr Wortlaut ergibt, nur mit Entlassungen aus Anlaß der Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern oder zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl. Wenn die Entlassung von Arbeitnehmern mit Rücksicht auf dringende volkswirtschaftliche Bedürfnisse erfolgt, um die Entlassenen auf diese Weise zur Rückkehr in ihren alten Beruf zu veranlassen, wird regelmäßig angenommen werden müssen, daß sie nicht zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl geschieht.

Es liegt im Vorteil der Arbeiter und vor allem der immer noch zahlreichen Arbeitslosen, daß, wo immer möglich, der bestehende Mangel an Facharbeitern so schnell wie möglich behoben wird. Sehr oft würde es möglich sein, ungelernete Arbeiter in größerer Zahl zu beschäftigen, wenn nur Facharbeiter zur Verfügung ständen.

Genossenschaftliches. Warnung vor kapitalistischer Preisdiktatur. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ steht in ihrer Nummer 49 vom 3. Dezember ein Warnungszeichen auf, das weithin beachtet werden sollte. Ausgehend von einer Erörterung des schweren Margarinekriegs der Jahre 1909 bis 1911 zwischen dem siegreichen Schwedischen Genossenschaftsbund und der dortigen Landesorganisation der Kleinbändler, gelangt die „Rundschau“ zu den Vorgängen der Jahre 1907/08, in denen die deutschen Konsumvereine und ihre Zentrale einen harten Kampf gegen die Warenfabrikanten auszufechten hatten, wobei gleichfalls die genossenschaftliche Solidarität über den Willen der vertrusteten Preisdiktatoren den Erfolg errang. Die „Rundschau“ richtet nun im Anschluß an diese Erinnerungen den Warnungsruf an die Verbraucher, auf der Hut zu sein und sich zum Kampfe zu rüsten, wenn sie nicht zu Heloten der Trustleute herabgedrückt werden wollen. Alsdann fährt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ wörtlich fort:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Industrie und Großhandel sich verbündet haben zur diktatorischen Preisfestsetzung. Sie nutzen den Warenmangel, den Rohstoffmangel und vor allem den Tiefstand unserer Valuta aus, die ihnen die Konkurrenz vom Leibe halten und es mit sich bringen, daß bei dem allgemeinen starken Warenbedarf alle Abwehrmaßnahmen von vornherein großen Schwierigkeiten begegnen müssen.

Als Kenner der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge wissen sie, daß ihre schärfsten und entschlossensten Gegner die Genossenschaften sind. Gegen diese richtet sich deshalb auch ihr Angriff. Gewohnt, ganze Arbeit zu machen, lassen sie keinen Unterschied gelten und suchen alle Genossenschaften über einen Kamm zu scheren: Verbrauchergenossenschaften, Handwerker-genossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften und sogar Händlergenossenschaften. Sie mehren sich die Versuche, die Warenverteilungsorganisationen zu zwingen, gewisse Industrieprodukte nur durch Vermittlung des Großhandels zu beziehen, also auf die Vorteile des direkten Großverkaufs, d. h. auf den Zweck der Genossenschaft, zu verzichten. Gelingt es Industrie und Großhandel, diese Monopolstellung zu erringen, dann können die Verbraucher sich auf allerlei Gefahr machen.

Freilich — jene monopolistischen Elemente sind mit Blindheit geschlagen. Sie übersehen ganz und gar, daß selbst ein völliger „Sieg“ nur eine rasch vorübergehende Erscheinung sein und Folgen haben würde, vor denen ihnen selbst grauen müßte. Wir glauben auch nicht, daß die Regierung, die ein sehr gebrechliches Staatswesen mühsam aufrechtzuerhalten befreit ist, es wagen würde, daß die sicherste Grundlage der Wiederaufbauarbeit, die möglichst ausreichende und befriedigende Deckung des täglichen Lebensbedarfs der schaffenden Massen, Profitgeheimnissen zuliebe erschüttert würde. Wir halten es für geboten, schon jetzt ein weithin sichtbares Warnungszeichen aufzustellen und den Schuldigen und denen, die im Begriffe stehen, sich schuldig zu machen, ein bitterernt gemeintes „Hütet euch!“ zuzurufen. Vor allem: Hände weg von den Genossenschaften!

Allerdings auch den Verbrauchern — einschließlich der organisierten — muß das Bewußtsein und das Verständnis für den Ernst der Lage geschärft werden. Die „Rundschau“ schließt ihre deutliche Warnung mit der sehr begründeten Mahnung an die Genossenschaftler, daß äußere Stärke wenig nütze, wenn ihr nicht der innere Zusammenhalt entspreche, die feste Solidarität der Mitglieder gegen das Unternehmen, das sie selbst für sich aufgebaut haben. Die Genossenschaftler von heute dürften unter keinen Umständen ihre Ideale im Schilde lassen, sondern müßten Schulter an Schulter zusammenstehen im Konsumantenkampfe für Freiheit und Demokratie im Wirtschaftsleben. Anti-Trust! so werde die Lösung der Verbraucher demnächst lauten.

Die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften. Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 11. November berichtet, daß auf der ersten deutschen Rohstoffgroßhandels-Konferenz, die in Berlin abgehalten wurde, Herr Hansen (Frankfurt) u. a. erklärte: „Die größte Gefahr bilden die Genossenschaften, die heute schon erfolgreich mit dem Plaghandel konkurrieren könnten.“ Dieses Geständnis soll festgehalten und von allen Verbrauchern beachtet werden.

Soziales. Zur Unterstützung der Renteneempfänger. Das Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Renteneempfängern der Invaliden- und der Angefallenenversicherung vom 7. Dezember 1921 wird in einer Sonderausgabe des Reichsgesetzblattes in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind für die Beratungen im Reichsrat fertiggestellt und werden voraussichtlich in etwa 10 Tagen bekanntgemacht werden.

Teuerungszuschüsse für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Die den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen rückwirkend ab 1. August d. J. gewährten Teuerungszuschüsse sind in der Weise abgeändert worden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober durch die amtlichen Fürsorgestellen (also nicht durch die Post oder sonstige Rentenzahlstellen) folgende Teuerungszuschüsse gezahlt werden:

an Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 50, aber mindestens 20 v. H. gemindert ist	90 M.
an Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. gemindert ist	130 „
dazu für jedes Kind einen Zuschlag von monatlich	30 „
erwerbsunfähige Witwen erhalten	80 „
Halbwaisen	40 „
Wollwaisen	50 „
Kriegereltern für jeden Elternteil	50 „

Die Teuerungszuschüsse werden nur gezahlt, wenn die Schwerbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen nicht im Erwerbsleben stehen. Kriegerwaisen erhalten die Zuschüsse ohne weiteres. Eine Zahlung findet dann nicht statt, wenn ohne weiteres anzunehmen ist, daß die Waisen so gestellt sind, daß sie eines Teuerungszuschusses nicht bedürfen. Als im Erwerbsleben stehend werden nur diejenigen angesehen, deren tägliches Einkommen die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützungen um mindestens ein Drittel übersteigt.

Ueber die Einzelheiten des Erlasses des Reichsarbeitsministeriums, durch den die Zahlung des Teuerungszuschusses rückwirkend ab 1. Oktober angeordnet ist, geben die amtlichen Fürsorgestellen und die Ortsgruppen des Reichsbundes Aufschluß.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und die übrigen im Reichsarbeitsministerium vertretenen Organisationen haben die Gewährung einer Teuerungszulage für sämtliche Versorgungsberechtigten, nicht nur für die nicht im Erwerbsleben stehenden, beantragt.

Abänderung des Reichsverforgungsgesetzes. Das Reichsverforgungsgesetz vom 12. Mai 1920, das die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen regelt, hat in den Reihen der Versorgungsberechtigten zu manchen Klagen Anlaß gegeben. Wiederholt ist versucht worden, eine Abänderung einiger Bestimmungen zu erreichen. Durch die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage konnten sich der Reichstag und die Reichsregierung dem Drängen auf Abänderung nicht mehr widersetzen. Der 19. Ausschuß des Reichstages, der im November 1920 auf Eruchen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zur Behandlung der Versorgungsangelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingesetzt worden ist, hat in seiner Sitzung vom 30. November beschlossen, die zur Abänderung des Reichsverforgungsgesetzes gestellten Anträge der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Dadurch ist die Reichsregierung gehalten, in eine sachliche Erörterung der von den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen aufgestellten Forderungen einzutreten. Dies soll, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten im Reichsarbeitsministerium erfahren hat, in absehbarer Zeit geschehen. Die Regierung beabsichtigt jedoch, zunächst solche Anträge zu erörtern, die nicht eine grundsätzliche Abänderung des Reichsverforgungsgesetzes, sondern nur die Beseitigung offener Härten verlangen. So soll z. B. die Frage der Gewährung von Ausgleichszulagen und die des Ruhens der Rente von einer bestimmten Einkommensgrenze ab erst dann erörtert werden, wenn offensibare Härten durch eine Gesetzesnovelle beseitigt sind.

Eine Heraushebung der Einkommensgrenze, von der ab Kriegerelterngehälde bezogen werden kann, und die Heraushebung der Einkommensgrenze, von der ab das Ruhen der Rente beginnt (gegenwärtig 8200 M. steuerbares Einkommen) soll als eine der ersten Aufgaben betrachtet werden.

Augen und Ohr im Berufe. Augen und Ohr spielen im Berufsleben eine große Rolle, aber die Praxis nimmt auf den Zustand der Augen und Ohren der in den Beruf Eintretenden keine Rücksicht. Gegen diese Unterlassung gehen Dr. Levinsohn als Augen- und Dr. Brühl als Ohrenarzt in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege an. Mit Recht fordert Levinsohn, daß Gesichtsfeld, Farben- und Raumsinn mehr berücksichtigt werden. Bei den häufigen Katarrhen des vorderen Augenabschnittes sind Berufe mit Staubeentwicklung zu vermeiden. Auch sind Kinder mit stärkerer Kurzsichtigkeit vor Berufen zu warnen, die stärkere Rumpf- und Kopfbeugung verlangen. Brühl weist auf die Wichtigkeit der Berufsberatung der Ohrenkranken, Schwerhörigen und zu Schwerhörigkeit Neigenden bei der Schulentlassung hin. Solche Leidende sind von allen Berufen fernzuhalten, die ein dauernd gutes Gehör beanspruchen, weil diese Berufe erfahrungsgemäß leicht zu Ohrenkrankheiten führen. Die gewerblichen Schädigungen, denen die Gehörorgane unterliegen, sind Temperaturwechsel, Feuchtigkeit der Außen- und Innenluft, Staubeentwicklung, chemische und Gifteinwirkung, Lärm- und schallig auftretende Geräusche. Solange die Berufsberatung noch so mangelhaft wie heute entwickelt ist, sollten daher alle Proletariatskinder auf die vorhandenen Fehler und Leiden ihrer Kinder achten, damit die Gesundheit der neuen Generation nicht noch mehr zu Schaden kommt, wie es unter dem kapitalistischen System schon so wie so der Fall ist.

Was jedes Mitglied wissen muß!
Mit der ersten Woche 1922 tritt die neue Beitragsregulierung in Kraft. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Mitglieder bis zum Jahresabschluss mit der Beitragsleistung auf dem Laufenden sind; denn nach dem 1. Januar 1922 dürfte es um so schwerer fallen, rückständige Beiträge mit auszugleichen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1921 mit 53 vollen Wochen abschließt und demzufolge auch 53 Wochenbeiträge geleistet werden müssen. Am Sonnabend, dem 24. Dezember ist die 52. Woche zu kleben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der „Steinarbeiter“-Sendung Nr. 52 lag das Abrechnungsformular für 4. Quartal bei für die Kassierer. Das Formular ist bis 15. Januar zurückzusenden; auf die Angaben über Zu- und Abgang der Mitglieder möge besonderer Wert gelegt werden.

Die Zahlstellentaxierer werden gebeten, die benötigten Zeitungen mit der Mitgliederzahl am Ort immer in Einklang zu bringen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bei jeder Arbeitsannahme in irgendeinem Ort, einerlei welche Berufsgruppe in Frage kommt, ist immer vorher Erkundigung beim örtlichen oder beim Zentralvorstand einzuziehen oder auch beim betreffenden Gauleiter.

Adressenänderungen.

1. Gau.
Königsberg. Vorl.: Fritz Gedatts, Weidendamm 4.

Z. Gau.
Breslau. Kass.: Heinrich Bill, Hirschstr. 74, III.
4. Gau.
Mienstädt. Vorl.: Wilhelm Wilhelm, Stadthagen, Habichtshorster Weg 9c.
5. Gau.
Duisburg. Kass.: Friedrich Hirschler, Niederstr. 51.
Neanderthal. Kass.: Gustav Budzies, in Millrath 33.
9. Gau.
Hoffeld. Kass.: Peter Rausch, Post Antweiler, Kr. Odenau.
Völkershansen. Vorl.: Leonhard Bogt, Kass.: Heinrich Bleitfeiner.

Briefkasten.

R. Hartf. In der Hauptkassieramtssitzung vom 12. November ist entschieden worden: Vom 1. 9. bis 30. 9. für alle über 19 Jahre alten Arbeiter 1.80 M. Teuerungszulage, unter 19 Jahre 70 Pf. Zulage pro Stunde. — Vom 1. Oktober an bis auf weiteres über 19 Jahre 1.80 M., 17 bis 19 Jahre 1.30 M., 14 bis 17 Jahre 90 Pf. als Teuerungszulage pro Stunde.
Nun ist es ganz selbstverständlich, daß die ausgeschiedenen Arbeiter ebenfalls die Rückwirkung erhalten. Wo dieses verweigert wird, entscheidet nicht das Hauptkassieramt, sondern das Gewerbe- und wo ein solches nicht besteht, das Amtsgericht. Vielleicht ist es auch angebracht, dem Verbandsvorstand Sachverhalt und Ansprüche der einzelnen genau mitzuteilen, damit von hier aus die Rechtslage geklärt wird und die Firma von ihrer rechtlich unhaltbaren Auffassung absteht. Nur nicht lange zögern. Warum wurde denn die Anfrage nicht mit Namen gezeichnet?
B. N. Die Sache nach Schweden erledigt; prompt wie immer. Wenn es nun durchaus nicht will mit der Gesundheit, dann ausspannen. Gruß.
W. Amerika. Der D. ist an richtiger Stelle abgeliefert und wird zu dem angeordneten Zweck Verwendung finden. Der Kurs hat jedoch die Umrechnung bisher verhindert, also eine ganz kleine Spekulation des Finanziers zugunsten des Verwendungszwecks. Dultung erfolgt zu gegebener Zeit. Heimatl. Grüße. Redaktion.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19.50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; kann jedoch bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.50 M. Probenummern sehen jederzeit zur Verfügung.
Ein konsumgenossenschaftlicher Bild in die Zukunft. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des konsumgenossenschaftlichen Großverkaufs. Von Heinrich Kaufmann. Verlag der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg.
Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Heft 9. Inhalt: Natur, Gott, Mensch, Jesus und Volk, Schwester, Bruder, Gemüt und Leben: Der Geist des republikanischen Gedankens. Liebet eure Feinde! Preis für die Hefte 7—9 3.75 M. und 30 Pf. Porto.

Anzeigen

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!
Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei
Sießen (Hessen).
Für Anfänger Unterricht im Schriftzeichnen auf Millimeterpapier!

Tüchtige Granit-Steinmetzen, ledig, sofort gesucht.

Granit-Werke Kleber & Co., Neustadt (Odenwald).
2 STEINMETZEN
für gestockte Denkmalsarbeiten stellt sofort ein
L. MAYER, Steinindustrie STEINBACH.

Mehrere Steinmetzen

auf schwedische Granite und Syenite für einfache Arbeiten, Tagelohn oder Akkord, sofort gesucht. Kost und Logis im Werk.
Granitwerk Kronach, Gläsel & Weber.

1. Gehilfe in Vertrauensstellung

für dauernd gesucht. Kretschmer, Meseritz (Grenzmark) Grabstein- und Kunststeingeschäft.

Ein mit gutem Bruchleiter, der mit allen im Bruchzeugnis vererbener Arbeiter (Sprengung, Spalten, Abbau, Schotterbeförderung) vertraut ist, sucht für kommendes Frühjahr Stellung. Gesl. Offerten unter A. K. an die Exped. d. Blattes.

Junger Steinbruchfachmann,

im Grünsteinbruch aufgewachsen, der Abbau und Ausnutzung des Materials gut versteht, möglichst auch Pflasterherstellung kennt, in dauernde Stellung gesucht. Verlangt wird guter Ueberblick und die Fähigkeit, Weisungen zu geben und ihre Durchführung zu überwachen und in Ruhe zu erreichen. Maschinenkenntnisse nicht erforderlich. Meldungen unter A. S. an die Schriftleitung des Steinarbeiters erbeten.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingekandt werden.)
In Krefeld am 7. November der Bildhauer Friedrich Stork, 51 Jahre alt, Darmleiden.
In Walheim am 21. November der Brecher Joh. Datenet, 57 Jahre alt, Verussumfall.
In Dresden-Birna am 30. November der Granitschleifer August Lippich, 65 Jahre alt, Rippenfellentzündung.
In Dörfis am 7. Dezember der Betriebshandwerker August Rostiz, 65 Jahre alt, Schlaganfall.
In Kaiserhammer am 8. Dezember der Granitsteiner Johann Windhagen, 41 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
In Wilgramsreuth am 8. Dezember der Granitsteiner Georg Künzel, 63 Jahre alt, Lungenleiden.
In Eberbach (Waben) am 8. Dezember der Sandsteiner Angelo Carnewa, 58 Jahre alt, Lungenentzündung; am 10. Dezember der Hilfsarbeiter Peter Weber, 42 Jahre alt, Hirnblutentzündung.
In Ibbendüren am 10. Dezember der Sandsteiner Bernhard Sundermann, 41 Jahre alt, Lungenentzündung.
In Riekersfelden am 11. Dezember der Schleifer Johann Siller, 59 Jahre alt, Lungenentzündung.
In Hannover am 12. Dezember der Sandsteiner Otto Teuteberg, 53 Jahre alt, Schlaganfall.
In Weiskentadt am 12. Dezember der Steinsäger Johann Kubner, 69 Jahre alt, Lungenentzündung.
In Altendies am 12. Dezember der Brecher Wilhelm Reuch, 38 Jahre alt, Verussumfall.
In Wunfiedel am 13. Dezember der Granitsteiner Johann Riedel, 42 Jahre alt, Lungenentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.